

Transformationsprozesse
von Politik und Sprache in Kosova
in der Zeit von 1999 bis 2005

Sahadete
Limani-Beqa

LANG Internationaler Verlag der Wissenschaften

Die kosovarische Gesellschaft sollte sich von einer konflikthaften zu einer demokratischen, multiethnischen Gesellschaft unter dem Protektorat der Vereinten Nationen transformieren. Die Autorin versucht durch die Analyse von politischen Diskursen diese Transformation zu untersuchen und legt mit diesem interdisziplinären Beitrag zu angewandten Aspekten der Sprachforschung im Bereich der Politik eine Arbeit vor, die von großer praktischer Relevanz für jeden ist, der sich mit der Erforschung der politischen Situation im heutigen Kosova beschäftigt. Sie stellt die politische Transformation in Kosova in der Zeit des Protektorates der Vereinten Nationen mit linguistischen Methoden dar und beleuchtet die Problematik des Scheiterns der interkulturellen Kommunikation in der Region. Der Untersuchung liegen ein umfangreiches Wissen der linguistischen, historischen, sozio-politischen und soziologischen Aspekte der Problematik und eine aufwendige analytische Bearbeitung der einschlägigen Presse zugrunde.

Sahadete Limani-Beqa studierte Germanistik an der Philologischen Fakultät der Universität von Prishtina (Kosovo). 2003 absolvierte sie den Masterstudiengang „Medien und interkulturelle Kommunikation“ am Südosteuropäischen Medienzentrum der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). 2009 verteidigte sie ihre Dissertation an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). Gegenwärtig ist sie Dozentin in der Abteilung für Journalistik und Kommunikation und der Abteilung für Politikwissenschaften der Philologischen Fakultät der Universität in Prishtina. Die Autorin hat außerdem in Kosova als lokale Fachkraft im Bereich der Kommunikation und Publizistik Programme bei internationalen Organisationen wie OSZE, UNMIK und Finnish Human Rights Support bearbeitet. Sie war Stipendiatin des DAAD und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Transformationsprozesse von Politik und Sprache in Kosova
in der Zeit von 1999 bis 2005

Kulturwissenschaftliche Medienforschung

Herausgegeben von
Hartmut Schröder und Eckhard Höfner (†)

Band 3



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Sahadete Limani-Beqa

**Transformationsprozesse
von Politik und Sprache in Kosova
in der Zeit von 1999 bis 2005**

Eine kritische Diskursanalyse



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt (Oder), Europa-Univ., Diss., 2009

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

D 521
ISSN 1610-8434
ISBN 978-3-653-00890-6

© Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2011
Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Abkürzungsverzeichnis

AAK	Aleanca për Ardhmerinë e Kosovës (Allianz für die Zukunft Kosovos)
BS	Bota Sot (Die Tageszeitung Bota Sot)
KD	Koha Ditore (Die Tageszeitung Koha Ditore)
ER	Epoka e Re (Die Tageszeitung Epoka e Re)
EU	Europäische Union
IAC	Interim Administrativ Council
ICG	International Crisis Group
IG	Internationale Gemeinschaft
JIAS	Joint Interim Administrative Structure
KDA	Kritische Diskursanalyse
KFOR	Kosovo Forces
KPS	Kosovo Police Service
KTC	Kosovo Transition Council
LDK	Lidhja Demokratike e Kosovës (Demokratische Liga von Kosova)
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
OSCE	Organisation for Security and Co-operation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDK	Partia Demokratike e Kosovës (Demokratische Partei von Kosova)
PISG	Provisional Institutions of Self Government
PReK	Partia e re e Kosovës (Die Neue Partei Kosovos)
SRS	Special Representative of the Secretary General (of the UN)
TMK	Trupat Mbrojtëse të Kosovës (Kosovas Verteidigungstruppe)
UCK	Ushtria Clirimtare e Kosovës (Kosovas Befreiungsarmee)
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNSCR	United Nations Security Council Resolution
USAID	United States Agency for International Development
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
Vorwort	X
TEIL I	
Einleitung, Theoretischer Rahmen, Methodischer Zugang, Korpus	1
1. EINLEITUNG	
1.1 Ausgangslage	2
1.2 Problemaufriss	4
1.3 Gegenstand und Fragestellung der Arbeit	6
1.4 Gliederung der Arbeit	7
2. DER THEORETISCHE RAHMEN	
2.1 Einführung	9
2.2 Das Verhältnis zwischen Sprache und Politik – ein Überblick	10
2.3 Macht und Ohnmacht der Sprache – Sprachsystem und Diskurs	13
2.4 Diskurs, Macht, Ideologie	16
2.5 Das dialektische Verhältnis zwischen Diskurs und anderen Elementen der Politik	19
2.6 Politische Wandlung als/und Diskurswandlung	21
3. Methodischer Zugang	
3.1 Einführung	
3.2. Auseinandersetzung mit der Kritischen Diskursanalyse als Methode	27
3.3 Methode der vorliegenden Arbeit	
3.3.1 Das Verfahren	28
3.3.2 Das Kategorieninventar	33
3.3.3 Kriterien der Auswahl von Kategorien und illustrative Beispiele	49
3.4 Zusammenfassung	50
4. KORPUS FÜR DIE EMPIRISCHE ANALYSE	
4.1 Begründung für die Korpusauswahl	53
4.2 Die untersuchten politischen Akteure	55
4.3 Die untersuchten Zeitungen	59
4.4 Die Heterogenität der untersuchten Textsorte	60
4.5 Die untersuchten diskursiven Ereignisse	61
4.6 Erweiterung des Korpus	65
4.7 Zusammenfassung	66

TEIL II	
Empirische Analyse	67
5. Historischer und sozio-politischer Kontext des politischen Diskurses	
5.1. Einführung	
5.2 Überblick über die Geschichte der politischen Herrschaft in Kosova	68
5.2.1 Der Streit über ‚Ethnostruktur‘ und historisches ‚Erbrecht‘ in Kosova	69
5.2.2 Antike und Frühmittelalter: die Illyrer, die Herrschaft der Bulgaren, von Byzanz und dem serbischen Königreich	71
5.2.3 Kosova unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches	72
5.2.4 Der Kampf der Albaner gegen die türkische Herrschaft und die Befreiung Kosovos	73
5.2.5 Kosova im ersten Balkankrieg – Die Besetzung Kosovos durch die Serben	74
5.2.6 Kosova unter der Herrschaft des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen – Der Kampf der Albaner gegen die Kolonisierung Kosovos	75
5.2.7 Der Zweite Weltkrieg: Kosova unter der Herrschaft der Deutschen und Italiener und die Gründung Jugoslawiens	76
5.2.8 Die Herrschaft Tito-Jugoslawiens	77
5.2.9 Der friedliche Widerstand der Albaner gegen serbische Gewalt in den 90er Jahren – Der Aufbau der parallelen Hierarchien	80
5.2.10 Der Krieg in Kosova 1997-1999	81
5.3 Herrschaft der UNMIK – Konflikt- Transformation durch politische Transformation	83
5.3.1 Die rechtliche Lage während der Verwaltung Kosovos durch die UNMIK	84
5.3.2 Die Phasen der Übertragung der Regierungsgewalt von der UNMIK auf die einheimischen Strukturen	85
5.3.3 Aufbau der Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung (PISG) Die Herrschaft und die Konflikte zwischen der IG, Serbien und der PISG	88
5.3.4 Der ungelöste politische Status als Hindernis für den demokratischen Aufbau	89
5.3.5 Von ‚Standards before Status‘ zu ‚Standards for Kosova‘ - Die ‚Exit-Strategie‘ der UNMIK	91
5.3.6 Effizientes Regieren und Demokratiedefizite	95
5.3.7 Politische Partizipation und Legitimierung der Macht	96
5.4 Zusammenfassung	101
6. Die Inhaltsstruktur des politischen Diskurses	
6.1 Einführung	
6.2 Die Häufigkeit der angesprochenen Themen	103
6.3 Das Verhältnis der angesprochenen Themen zu den Adressaten	105
6.4 Zusammenfassung	107

7. Das Motiv Politischer STATUS –	
DIE verwendeten Strategien und die angewandten Sprachmittel	
7.1 Einführung, Leitfragen und analytischer Zugang	109
7.2 Ungelöster politischer Status als Hindernis für politische Transformation	110
7.3 Der politische Status Kosovas in den Reden der Politiker	111
7.3.1 „Kosova“: Bedeutungen und Kollokationen im Überblick	112
7.4 Die Personifizierung Kosovas durch Metaphern und Metonymie und der politische Status	118
7.4.1 Metaphern und Metonymien im Subkorpus 1 – Kosova als Haus und Familie der Albaner	119
7.4.2 Metaphern und Metonymien im Subkorpus 2 – Kosova als Heimat in der alle gemeinsam leben werden	126
7.5 Die Unabhängigkeit Kosovas als Wahrheit und als Wunsch – Die Modalität und der Aufbau der interpersonalen Beziehungen mit dem Publikum	130
7.6. Politischer Status als Topos	
7.6.1 Der Topos der Unabhängigkeit und die Legitimation der Herrschaft	135
7.6.2 Die Unabhängigkeit Kosovas als Topos für Frieden und Stabilität	142
7.7 Zusammenfassung	144
8. DAS MOTIV INTERETHNISCHE BEZIEHUNGEN – WER SIND DIE SERBEN FÜR UNS?	
8.1 Einführung: Analytischer Zugang und Leitfragen	
8.2 Grundlegendes zu dem Thema	147
8.3 Allgemeine Merkmale des Diskurses über die Serben – Die Serben als Feind und die Serben als Minderheit	148
8.4 Die sprachliche Realisierung der Bilder von den Serben – Auswertung der computergenerierten Konkordanzan	150
8.4.1 Das kollokative Umfeld der Wortgruppe "Serb, Serbien, serbische/r" im Subkorpus 1	151
8.4.2 Das kollokative Umfeld der Wortgruppe "Serb, Serbien, serbische/r" im Subkorpus 2	152
8.5 Die offene Distanzierung durch die direkte Abwertung der Serben – Verbalsemantik, Parallelismus und Anspielung	153
8.6 Die Distanzierung durch verdeckte Abwertung der Serben – Die Rechtfertigungsstrategien durch die Argumentationsverfahren ‚Schwarz-Weiß-Malerei‘, ‚Ja- Aber‘ und ‚Sündenbock‘	159
8.7 Zusammenfassung	174
9. Die Konstruktion der Beziehungen zur Internationalen Gemeinschaft in den Reden der Politiker	
9.1 Einführung	
9.2 Grundlegendes zum Thema	175
9.3 Wer sind diese Fremden für uns? – Allgemeine Merkmale des	

Diskurs über die Internationale Gemeinschaft	177
9.3.1 Die NATO, die USA und die EU als unsere Retter in Vergangenheit und Zukunft	178
9.3.2 NATO, USA und EU als Partner	187
9.4 Die Übernahme der Herrschaft und die Wandlung des Diskurses – Von der UNMIK als Retter zur UNMIK als Feind	
9.4.1 Die sprachliche Realisierung der Aufwertung der UNMIK in der Periode 1999-2000	194
9.4.2 Die sprachliche Realisierung der Distanzierungsstrategie gegenüber der UNMIK	195
9.5 Zusammenfassung	200
10. Demokratie – ein Schlüsselwort mit zwei Bedeutungen Ethnische Demokratie vs. Bürgerliche Demokratie	
10.1 Einführung	203
10.2 Die semantische Mehrdeutigkeit des Hochwertwortes "Demokratie"	204
10.2.1 Demokratie als wissenschaftlicher Begriff	205
10.3 Möglichkeiten der Anwendung des Modells der konstitutionellen Demokratie in Kosova	207
10.4 Demokratie als Herrschaftssystem des Willens ‚unseres Volkes‘ Konzeptualisierung der Demokratie in den Texten der Wahlkämpfe und Gedenktage	208
10.4.1 Computergestützte Analyse des kollokativen Umfeldes der Wortgruppe "Demokraci/a, demokratik/e" (Demokratie, demokratisch/e)	209
10.4.2 Demokratie als Wille der Albaner zum Selbstbestimmungsrecht	211
10.5 Bürgerliche Demokratie –Herrschaft des Kosova-Bürgers – Die Konzeptualisierung der Demokratie in den Texten des "Standards for Status"	
10.5.1 Kollokatives Umfeld der Wortgruppe "Demokraci/a, demokratische/r"	221
10.5.2 Die Stellung der semantischen Merkmale "Willensausdruck des Individuums" und "Anerkennung der Pluralität der ethnischen Gruppen" im Vordergrund	223
10.6 Zusammenfassung	235
11. Überblick	237
Literaturverzeichnis	243
Berichte	259
Dokumente	263
Interviews	
Weitere Internetquellen	266

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist die Fassung meiner im November 2009 an der Europa- Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. eingereichten Promotionsschrift.

Die Fertigstellung dieser Arbeit wurde immer wieder von aktuellen Geschehnissen beeinflusst. Obwohl ein fester Zeitrahmen (1999-2005) für die Untersuchung ausgewählt wurde, entwickelten sich die politischen Verhältnisse, die anzusprechen waren, weiter und wechselnde Akteure traten ins Bild. Kosova befindet sich im Umbruch. Unvermeidlich war, bezüglich des Zeitpunktes der Ereignisse, die analysiert wurden, die jeweils zutreffende Tempusform, ‚war‘ bzw. ‚ist‘ zu verwenden. Die Texte, die analysiert wurden, sind im Original in albanischer Sprache verfasst. Die angeführten Beispiele wurden im Hinblick auf die vornehmlich deutschsprachige Leserschaft von der Verfasserin ins Deutsche übersetzt.

Vielfacher Dank ist all denen abzustatten, die dazu beigetragen haben, dass diese Arbeit zustande kommen konnte. Ich danke insbesondere

Herrn. Prof. Dr. Hartmut Schröder, meinem Betreuer, für seine Bereitschaft, sich auf ein ungewöhnliches Dissertationsvorhaben einzulassen. Er hat mich über die ganze Zeit hinweg mit wertvollen Ratschlägen, Anregungen und mit Ermutigung unterstützt.

Herrn Prof. Dr. Rexhep Ismajli, der das Zweitgutachten übernahm und mir mit Literaturhinweisen und Korrekturvorschlägen zur Seite stand.

der Friedrich-Ebert-Stiftung für die finanzielle und für die ideelle Förderung. Sie ermöglichte, dass die vorliegende Arbeit frei von großen materiellen Sorgen angefertigt werden konnte.

Ich bedanke mich auch bei dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der die Entstehung dieser Arbeit durch ein zehnmonatiges Forschungsstipendium unterstützte.

Mein herzlicher Dank gilt Herrn General Gerhard Brugmann, der meine Arbeit sprachlich begleitet hat und über Jahre bereit war, mich in meiner akademischen Laufbahn zu betreuen.

Ich danke auch meinen Kolleginnen und Freunden, die mir Feedback gegeben haben, besonders Dr. Katrin Girgensohn, Melanie Bärsch, Afërdita Suka und Afërdita Fazliu.

Und nicht zuletzt danke ich herzlich meinem Mann Fahri, der durch seine Hilfe und sein Verständnis wesentlichen Anteil an der Entstehung dieser Arbeit hat, und meiner Familie – ganz besonders meiner Mutter und meinem ältesten Bruder – für ihre Unterstützung, ihre Geduld und ihren Zuspruch.

TEIL I

Einleitung, Theoretischer Rahmen, Methodischer Zugang, Korpus

1. EINLEITUNG

1.1 Ausgangslage

Nach dem Ende des Krieges im Juni 1999 stand Kosova bis zur Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008¹ unter der Verwaltung der Vereinten Nationen. Mit der Resolution 1244 verfügte die UNO über Kosova. Kosova wurde damit faktisch ein Protektorat. Diese Resolution ermöglichte den Einmarsch der NATO-Friedenstruppe KFOR und die Errichtung der United Nations Interim Mission in Kosovo (UNMIK), deren Aufgabe, der Aufbau einer demokratischen Selbstregierung in Kosova, wie folgt formuliert wurde:

„... to establish an international civil presence in Kosovo in order to provide an interim administration for Kosovo under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, and which will provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-government institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants of Kosovo.“²

Die wichtigsten sensitiven politischen und Sicherheitsfragen in Kosova waren während dieser Periode in der Verantwortlichkeit der Mission der Vereinten Nationen in Kosovo (UNMIK) und der NATO-Truppe, der Kosovo Forces (KFOR).

Mit seiner Resolution 1244 setzte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen darauf, dass Kosova unter einer temporären internationalen Treuhandschaft so weit demokratisiert werden könnte, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen den zwei Konfliktparteien, Serben und Kosovo-Albaner, relativieren und sich eine Verhandlungslösung finden lassen würde.³ Der Weg, den die Vereinten Nationen mit ihrer Mission (UNMIK) auf eine Transformation Kosovos von einer konflikthafter zu einer langfristig friedlichen Gesellschaft hinzielen gingen, steuerte zunächst eine politische Transformation an. Es sollten zuerst Strukturen einer demokratischen und multiethnischen Gesellschaft aufgebaut

1 Siehe Kosovo Declaration of Independence, 17 February 2008, unter <http://www.assembly-kosova.org/?krye=news&newsid=1653&lang=en>. Bis zu dem Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Dissertation ist Kosova von dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht als unabhängiger Staat anerkannt worden. Jedoch haben 57 Länder der Welt Kosova als unabhängigen Staat anerkannt, darunter 22 EU-Mitgliedstaaten. Die Liste der Staaten, die Kosova als unabhängigen Staat anerkannt haben, siehe unter <http://www.kosovothanksyou.com/>. (letzter Zugang 07.04.2009).

2 Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrates, Abs.10, unter <http://www.nato.int/kosovo/docu/u990610a.htm>. (letzter Zugang 23. 03.2009).

3 Zu den Hintergründen der Resolution 1244 siehe Grommes/Moltmann/Schoch 2004: S. 22.; Muharremi 2005: S.18-20; Reka 2003: S.133-174.

werden, um dann später die Frage des politischen Status des Landes zu lösen. Die Prinzipien, Normen und Regeln der westlichen liberalen Demokratien, bzw. einer Konkordanzdemokratie, sollten in einer ethnisch tief gespaltenen Gesellschaft eingeführt werden. Die Verwaltung Kosovos durch die Internationale Gemeinschaft⁴ (IG) und deren Erfolge wie auch Misserfolge, ebenso die wenig erfolgreiche Konflikt-Transformation in friedliche Verhältnisse, wie auch die Einführung der Demokratie in Kosova, sind Gegenstand von Berichten, Analysen und wissenschaftlichen Artikeln verschiedener Autoren, Think-Tanks und wissenschaftlicher Gremien. Der Prozess dieser politischen Transformation ist Thema einiger Studien aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere der Rechtswissenschaften (u.a. des Internationalen Völkerrechts) und Politikwissenschaften.⁵ Insgesamt betrachtet nehmen die Autoren dieser Studien eine kritische Haltung gegenüber den Erfolgen der UNMIK hinsichtlich der Konsolidierung einer Demokratie und eines Rechtsstaates in Kosova ein. Auch die Versöhnung zwischen den Albanern und Serben hat diesen Studien zufolge kaum Fortschritte gemacht. Für die politische Transformation hat sich in besonderer Weise ausgewirkt, dass sehr lange der völkerrechtliche Status Kosovos nicht geklärt wurde. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung – die Albaner wie auch die meisten Minderheiten – akzeptierten keinen anderen Status als den der Unabhängigkeit, während die serbische Minderheit im Lande ein Verbleiben Kosovos als Provinz Serbiens anstrebte.⁶

Die Resolution des Sicherheitsrates sah keine Vorgaben für eine Lösung der Statusfrage vor. Einstweilen hatte sich die Internationale Gemeinschaft mit der

4 Zu dieser sind außer UNMIK und KFOR auch die Länder der G8-Gruppe, sowie die OSZE, die EU und die internationalen Nichtregierungsorganisationen zu rechnen. Im folgenden wird diese Gruppe von internationalen Akteuren, die in Kosova tätig waren, gelegentlich mit der Abkürzung IG bezeichnet. Wenn es sich um die separaten internationalen Akteure handelt, werden sie mit eigenen Abkürzungen bezeichnet.

5 Vgl. Williams/Hitchner/Bugajski (2003); Ernst Andreas (2002); Kellermann (2006); King/Mason (2007); Hajrullahu (2007); Muharremi (2005); Reka (2003); Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr (2006); Mertus (2004); Calic (2004); Knoll (2005); Reuter (2000). Siehe dazu auch die Berichte der International Crisis Group über Kosova No.155 vom 22. April 2004; No. 165. vom 13. September 2002 und No. 170. (2006) und den Bericht des UNO-Botschafters Kai Eide: „Report on the Situation in Kosovo“, S.15 in: UN Document S/2004/932: „Letter dated 2004/11/17 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council. Encloses a Report submitted by Ambassador Kai Eide (Norway)“, 30. November 2004, unter <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/kos%20S2004%20932.pdf> (letzter Zugang 23.03.2009). Eine Analyse über die ständige Weiterentwicklung der Situation im Bereich der Politik, Wirtschaft, Sicherheit und im sozialen Bereich liefern die UNDP Early Warning Reports, die seit dem Jahr 2002 alle sechs Monate veröffentlicht werden. Diese sind unter <http://www.kosovo.undp.org/?cid=2,114> (letzter Zugang 23.03.2009) zu finden.

6 UNDP Umfrage (2006), in Early Warning Report Nr.13. January – June 2006. S.14. <http://www.kosovo.undp.org/repository/docs/undp-ewr-final15.08.2006.pdf> (letzter Zugang 23.03.2009).

Formel "Standards for Kosovo" darauf verständigt, dass die Übergangsregierung Kosovos auf der Grundlage dieses Dokuments zunächst gefestigte demokratische Strukturen schaffen müsse, um Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Minderheitenrechte gewährleisten zu können bevor über den Status des Protektorats verhandelt werden könne.⁷ Dieses Konzept zielte darauf, in Kosova eine multiethnische Gesellschaft zu etablieren.⁸

Bei ihrem Bemühen, die neuen Strukturen der Selbstregierung aufzubauen, setzte die UNMIK vor allem auf die traditionelle einheimische politische Elite, insbesondere die Führungsstrukturen der politischen Parteien. Die Parteiführer sollten den Diskurs der UNMIK aufnehmen und an die Bürger heranbringen. Die politische Elite musste ihre Legitimation gleichzeitig von den einheimischen Wählern und von den Akteuren der Internationalen Gemeinschaft beziehen. Die Bevölkerung sollte diese Elite in freien Wahlen legitimieren. Die Akteure der Internationalen Gemeinschaft, von denen sie abhingen, übten indirekten Einfluss aus durch die Auswahl der politischen Gruppierungen, denen sie die Führung der provisorischen lokalen Institutionen übertrugen. Die Werteordnungen der Wähler und die der Internationalen Gemeinschaft wichen voneinander ab. Sie hatten daher auch unterschiedliche Vorstellungen von der Gestaltung des politischen Lebens in Kosova.

1.2 Problemaufriss

Die Studien, die über die Arbeit der Internationalen Gemeinschaft in der Nachkriegszeit Kosovos und über deren Erfolge wie Misserfolge berichten, betrachten die politischen und rechtlichen Dimensionen der Transformationsprozesse, und lassen die sprachliche Dimension außer acht. Diese Arbeit lotet die sprachliche Dimension dieser Transformation aus, besonders in den Bereichen, die von Politik- und Rechtswissenschaftlern nicht betrachtet werden, wie Meinungen und Einstellungen der lokalen Akteure. Es gibt bisher keine Forschung, die eine linguistische Analyse des Diskurses in Kosova und ihren Einfluss auf die Transformation untersucht, obwohl in den Studien über den Konflikt in Kosova die Wahrnehmungen, Stereotypen und Einstellungen über bzw. von sich selbst und den anderen als wichtige Faktoren, besonders für den Prozess der Versöhnung, angesehen werden.

In einer Analyse der International Crisis Group (ICG), die sich mit der politischen Lage in Kosova im Jahr 2006 befasst, wird der Einfluss der Internationalen Gemeinschaft auf die Kosova-Albaner wie folgt beschrieben:

7 Vgl. UNMIK-Pressemitteilung UNMIK/PR/719: "Address to the Security Council by Michael Steiner, Special Representative of the Secretary General", vom 24. April 2002, unter www.unmikonline.org/press/2002/pressr/pr719.htm. (letzter Zugang 27.03.2009).

8 Vgl. „General Prerequisites“ in „Standards before Status“, unter www.unmikonline.org/pub/focuskos/apr02/benchmarks_tablefinal.pdf (letzte Zugang 27.03.2009).

„Kosovo Albanians have become so used to wearing the masks that the international community requires of them, that is probably not even clear to themselves if the masks have now become a true face.”⁹ Die politische Transformation hat demnach auch Einfluss auf die Transformation der Einstellungen der lokalen Akteure zu sich selbst und zu den anderen. Sowohl bei der Veränderung der Einstellungen und Meinungen zu bzw. über sich selbst und zu und über die anderen miteinander in Konflikt stehenden ethnischen Gruppen in Kosova, wie auch im Prozess des Aufbaues demokratischer Strukturen, trägt die Sprache dazu bei, soziale Wirklichkeit und soziale Beziehungen zu konstruieren. Sprache als Hauptausdrucksmittel der Gestaltung sozialer Beziehungen erhält zwangsläufig politische Bedeutung. Die zentralen Konzepte zur Gestaltung der sozialen Beziehungen sind in diesem Zusammenhang Ideologie und Macht. Als Bestandteil der Politik werden die beiden Kategorien Ideologie und Macht in der Kritischen Diskursanalyse in Verbindung mit Sprache gebracht. Nach Wodak (2001: S.6) sind „texts (...) often sites of struggle for power, in that they show traces of differing discourses and ideologies contending and struggling for dominance”.

Die Verschränkung zwischen der Internationalen Gemeinschaft, den einheimischen Politikern und der Wählerschaft hatte ihre diskursiven Reflexe. Die Auseinandersetzung über das multiethnische Konzept der UNMIK zwischen UNMIK, Albanern und Serben erfolgte kommunikativ und damit über die Sprache. So erfolgte auch die Machtlegitimation in erheblichem Maße durch Kommunikation. Die Sprache war das vorrangige Mittel, die Wählerschaft zu persuadieren und damit zu versuchen, die Machtverhältnisse und die politische Situation zu verändern. Wendet man die Ansätze der Kritischen Linguistik und Kritischen Diskursanalyse auf den Sprachgebrauch der einheimischen Politiker in ihren öffentlichen politischen Diskursen an, dann lassen sich auch deren Einstellungen zu sich selbst und gegenüber anderen wie auch über die politische Transformation in Kosova aufdecken. Norman Fairclough sieht den Sprachgebrauch als ein Element der sozialen Praxen neben anderen sozialen Elementen wie Aktivitäten, sozialen Verhältnissen, Objekten und Instrumenten, Zeit und Platz, sozialen Subjekten, ihrem Wissen, ihrer Mentalität und ihren Werten usw. (vgl. Fairclough 2005: S.2). Er sieht diese Elemente in einem dialektischen Verhältnis zueinander: “Each internalizes the other without being reducible to them.” (Fairclough ebd.). Nach dieser These bringen die sozialen Veränderungen auch die Veränderungen in dem Diskurs mit, aber Diskurs ist auch als eine Voraussetzung für weitere gesellschaftliche Veränderungen zu verstehen (vgl. Fairclough 2005 S. 4).

9 Siehe ICG. The Challenge of Transition. Crisis Group Report No.170. 2006. S.19. Die ICG hat sich seit dem Jahr 1998 mit der Entwicklung im Kosovo beschäftigt und hat als Resultat ihrer Analysen und Forschung viele Empfehlungen für den politischen Kurs der Internationalen Gemeinschaft im Kosovo gegeben.

Demnach hat die politische Transformation als ein sozialer Prozess auch diskursive Reflexe. Sie bewirkt eine Transformation in dem politischen Diskurs und wird durch diesen bedingt. Sprache ist ein wesentlicher Bestandteil des politischen Handelns, mit Grünerts Worten: „Politik wird durch (mit) Sprache entworfen, vorbereitet, ausgelöst und von Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt.“ (Grünert 1983: S.43). Der Philosoph Lübbe stellt auch bei seiner Beschäftigung mit dem Verhältnis von Sprache und Politik die Sprache als wichtiges Instrument der Politik heraus, indem er feststellt, dass „Sprachgebräuche Richtung und Meinung festlegen, die Erfahrung politischer Zugehörigkeit ermöglichen und im Ganzen jene Aktions- oder Zustimmungsbereitschaft fixieren, ohne die politisches Handeln nicht möglich wäre.“ (Lübbe 1982: S.52). Diese Thesen stellen in dem wissenschaftlichen Diskurs der Bereiche Kritische Linguistik und Kritische Diskursanalyse den Sprachgebrauch als zentrales Mittel der Politik dar. Politik wird als Kampf um Macht definiert (vgl. Weber 1995: S.29), Machtausübung als die „Wirkungsweise gewisser Handlungen, die andere verändern“ (vgl. Foucault 1999: S.191). Damit wird die Sprache ein zentrales Instrument im Kampf um Machterwerb und Machterhalt. Die Diskurstheorie setzt auch den sozialen Wandel mit dem Diskurswandel in Verbindung, wobei hier eine wechselseitige Beziehung zwischen Sprache und Wirklichkeit herausgestellt wird. Chilton hat erkannt, dass die Diskursanalysen geeignete Instrumente sind, um auf den Prozess des Aufbaus von neuen Identitäten in den politischen Verhältnissen einzuwirken. Er bemerkt dazu (1993: S.6):

„Sensitive discourse studies are capable not only of reflecting of, but also of being implicated in, the very processes by which individual and collective identities are lost, sought and created. The theme of forging of new Identities in relation to power is central.“

1.3 Gegenstand und Fragestellung der Arbeit

Ausgehend von diesen Thesen der Kritischen Linguistik und Diskursanalyse über den Sprachgebrauch und soziale Beziehungen wird die diskursive Dimension der politischen Transformation in Kosova analysiert. Gegenstand der Analyse ist der öffentliche politische Diskurs. Das Korpus der Analyse bilden die Äußerungen der führenden Figuren der drei größten politischen Parteien: Lidhja Demokratike e Kosovës (Demokratische Liga Kosovos, LDK), Partia Demokratike e Kosovës (Demokratische Partei Kosovos, PDK) und Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës (Allianz für die Zukunft Kosovos, AAK). Die Äußerungen, die für die Auswertung ausgewählt wurden, stammen primär aus informationsbetonnten Textsorten der drei kosovarischen nationalen Zeitungen Koha Ditore; Bota Sot und Epoka e Re. Da es sich um eine Untersuchung einer Transformation handelt, ist die Betrachtung eines größeren Zeitabschnitts erforderlich. Die Analyse der Berichterstattung erstreckt sich daher über die Zeit von 1999 bis

2005. Im Zentrum stehen die folgenden allgemeinen untersuchungsleitenden Fragen, die für jeden Teilbereich der empirischen Untersuchung spezifiziert werden:

1. Ist die UNMIK-Strategie, in Kosova eine multiethnische Gesellschaft aufzubauen, in den Diskurs der kosova-albanischen Politiker aufgenommen worden?

2. Wie haben der Diskurs und die Machtverhältnisse einander bedingt?

2.1 Wie ändert sich der Diskurs der Politiker unter dem Druck der sich ändernden politischen Situation?

2.2. Um die Untersuchung einzugrenzen, wird das Hauptaugenmerk auf der Frage liegen, wie sich die Politiker zu denselben Sachverhalten in den verschiedenen politischen Kontexten positionieren. Welche sprachlichen Strategien und Motive verwenden sie, um sich für bestimmte Sachverhalte in den verschiedenen politischen Kontexten zu positionieren? Welche Argumentationsverfahren und sprachlichen Realisierungsmittel werden eingesetzt um diese Positionen zu vertreten?

1.4 Gliederung der Arbeit

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Teil I bereitet den theoretischen, inhaltlichen und methodischen Hintergrund auf. Im Kapitel 2 wird das Theoriegebäude vorgestellt, Kritische Linguistik und Kritische Diskursanalyse stehen im Zentrum. Im Kapitel 3 werden das methodische Verfahren und das Analyseinstrumentarium dargestellt. Es folgt das Kapitel 4 über das Korpus der Analyse. Der Fokus liegt auf der Darstellung der politischen Biographie der Politiker, deren Reden in das Korpus aufgenommen wurden, auf den diskursiven Ereignissen und auf den Medien, denen diese Äußerungen entnommen sind.

Teil II ist empirischer Natur. Zunächst werden in Kapitel 5 die Zusammenhänge der politischen und sozialen Transformation in diesem Zeitabschnitt erläutert, um den breiteren Kontext für die beabsichtigte Analyse des politischen Diskurses herauszustellen. Weil der politische Diskurs durch die geschichtliche Erfahrung geprägt ist, wird mit einem kurzen historischen Abriss der Vorgeschichte des Konfliktes in Kosova eingeführt. Danach (Kapitel 6) folgt die Darstellung der Ergebnisse der quantitativen Analyse. Es werden die Sachverhalte, die in dem Korpus häufiger auftauchen, untersucht. In Kapitel 7 wird der Diskurs über den politischen Status während diskursiver Ereignisse wie die Standards für Kosova und Wahlen und Gedenktage untersucht. In Kapitel 8 wird der Diskurs

über die interethnischen Beziehungen analysiert, wobei die Einstellungen der Politiker zu den Serben im Zentrum der Analyse stehen. Kapitel 9 behandelt das Thema "Internationale Gemeinschaft in den Reden der Politiker". Dabei steht die UNMIK als Hoheitsgewalt im Zentrum der Betrachtung. In Kapitel 10 wird die Konzeptualisierung der Demokratie in den Reden der Politiker behandelt. Die Kapitel im empirischen Teil sind so aufgebaut, dass durch die quantitative Analyse des sprachlichen Ko-Textes der Schlüsselbegriffe jeweils ein Überblick über das Korpus geschaffen wird, der mit Fallstudien kombiniert wird. Am Ende jedes Kapitels werden die jeweiligen Ergebnisse der Analyse zusammengefasst, weswegen die Arbeit nur mit einem kurzen Überblick über die hauptsächlich vertretenen Positionen, Strategien, Motive und Sprachrealisierungsmittel abgeschlossen wird.

2. DER THEORETISCHE RAHMEN

2.1 Einführung

Diese Arbeit setzt sich zum Ziel, die sprachliche Dimension der politischen Transformation zu untersuchen. Die Untersuchung hat nicht primär den Charakter einer rein linguistischen Forschung, sie ist vielmehr auf das Phänomen der Anbindung der sprachlichen an die außersprachliche – in diesem Fall politische – Wirklichkeit ausgerichtet. Die Kritische Diskursanalyse lieferte den passenden theoretischen Rahmen, um diesem Vorhaben gerecht zu werden. Dafür waren fünf Gründe maßgebend:

Erstens: Diese Forschungstradition geht von der theoretischen Annahme einer wechselseitigen Konstituierung von Diskursen und sozialer Wirklichkeit aus. Fairclough stellt fest (1992: S.64):

“Discourse contributes to the constitution of all those dimensions of social structure which directly or indirectly shape and constrain it: its own norms and conventions, as well as the relations, identities and institutions which lie behind them.”

Als Ergebnis dieser Annahme stellt sich für die KDA die Aufgabe, einerseits den Zusammenhang zwischen sprachlichen Mitteln und konkreten diskursiven Handlungen und andererseits die Wechselwirkung zwischen Diskursiver Praxis und politischer, sozialer und institutioneller Wirklichkeit zu erklären.

Zweitens: Gegenstand der Forschung ist nicht die Sprache als System sondern der Sprachgebrauch als Bestandteil der sozialen und kulturellen Prozesse. “The focus is not upon language or the use of language in and for themselves, but upon the partially linguistic character of social and cultural processes and structures.” (Fairclough/Wodak 1997: S.271).

Drittens: Sprache als Hauptausdrucksmittel der Gestaltung sozialer Beziehungen führt zwangsläufig zu politischer Bedeutung. Die zentralen Konzepte sind in diesem Zusammenhang die Ideologie und die Macht. Als Bestandteil der Politik werden diese beiden Kategorien in Verbindung mit Sprache gebracht. Wodak (2001: S.6): „*For Critical Discourse Analyse texts are often sites of struggle for power, in that they show traces of differing discourses and ideologies contending and struggling for dominance*”.

Viertens sehen die Anhänger dieser Forschungstradition die Wandlungen in der Gesellschaft und die Wandlung der Diskurse als sich gegenseitig bedingend an. Nach Fairclough (1989; 1992; 1995) lassen sich in den Diskursen auch die sozialen Veränderungen spiegeln, indem diese eine Mischung von Textsorten

bringen. Der Kampf um die Änderung der Machtverhältnisse spiegelt sich in den Texten wider oder erfolgt durch Diskurs. Diese Annahme ist für die vorliegende Forschung vor allem deshalb von Bedeutung, weil es sich hier um die Untersuchung einer politischen Transformation handelt, und weil das Konzept Transformation die Komponente der Veränderung schon enthält.

Ausgehend von diesem theoretischen Denken der Anhänger der Kritischen Diskursanalyse wird in diesem Kapitel die Beziehung von Sprache und Politik als soziale Praxis behandelt. Am Anfang steht ein Überblick über die bekannten Definitionen von Politik, die den Sprachgebrauch ins Zentrum rücken. Es wird die Frage beantwortet, wie wichtig die Sprache für die Politik ist, ob sie auch in diesem Zusammenhang nur ein Mittel der allgemeinen Kommunikation oder ob sie Bestandteil der Gestaltung der Politik ist. Anschließend wird der engere Zusammenhang von Diskurs, Ideologie und Macht behandelt. Das Kapitel schließt mit der Frage, inwieweit die Sprache bei sozialen Wandlungen hilfreich sein kann.

2.2 Das Verhältnis zwischen Sprache und Politik – ein Überblick

Kritische Diskursanalyse sieht Sprache als ein wichtiges Element der sozialen Prozesse, Praxen und Ereignisse.¹⁰ Demnach sind Sprache und Politik in ihren Wurzeln verbunden, denn Politik hat als soziale Praxis¹¹ auch eine sprachliche Dimension.

Der Volksbrockhaus bezeichnet Politik als die "Zusammenfassung aller Maßnahmen zur Führung eines Staates hinsichtlich seiner inneren Verwaltung und seines Verhältnisses zu anderen Staaten" (Der Volksbrockhaus 1969: S.176). In parlamentarischen Demokratien wird unter Politik der Prozess der Willensbildung und seine Umsetzung in konkretes Handeln verstanden. (vgl. Grünert 1974: S. 5f). Politisches Handeln nach Max Weber bedeutet Kampf um Macht und Herrschaft, um Teilnahme an der Machtausübung und ihre Sicherung zur Durchsetzung bestimmter Ziele und Interessen (vgl. Weber 1995: S.29). Dieser Begriff von Politik versteht als Ziel der Politik die Machtausübung. Wenn man Machtausübung im Sinne von Foucault als "die Wirkungsweise gewisser Handlungen, die andere verändern" (Foucault 1999: S.191), versteht, ist Politik wich-

10 Sprache wird hier zusammen mit anderen semiotischen Elementen (wie Bilder und non-verbale Sprache etc.) des sozialen Lebens unter den Begriff Diskurs subsumiert. Vgl. Fairclough 2005: S.1.

11 Unter sozialer Praxis wird hier „more or less stable and durable forms of social activity, which are articulated together to constitute social fields, institutions, and organizations" verstanden, so wie sie Fairclough (2001: S.1) definiert hat. Über das Verhältnis zwischen Sprache und anderen Dimensionen der sozialen Praxis siehe unten der Abschnitt Diskurs und Politik, S. 15.

tiges Element für das Individuum als soziales Wesen. Chilton schließt sich einer interaktiven Ansicht von Politik an, die die Macht ins Zentrum rückt:

„On the one hand politics is viewed as a struggle for power, between those who seek to assert their power and those who seek to resist it. On the other hand, politics is viewed as cooperation, as the practices and institutions that a society has for resolving clashes of interest over money, influence, liberty and the like.“ (Chilton 2004: S. 3)

Diese Definition von Politik wird in dieser Arbeit verwendet, um die Transformation von Politik und Sprache zu untersuchen. Wie verbindet sich aber die Sprache mit der Politik? Wie wird sie im Prozess des Kampfes um Macht verwendet? Um diese Fragen zu klären, ist der funktionale Aspekt der Sprache hilfreich.

Sprache kombiniert Zeichen und Regeln zu Kommunikation. „Sprachliche Zeichen sind Einheiten, die für etwas anderes stehen, etwas anderes bezeichnen und etwas anderes repräsentieren“ (Grünert 1974: S.4). Wesentlich ist hier, laut Grünert (ebd.), dass „mit Sprache Aussersprachliches nicht festgestellt sondern festgesetzt wird“. Das bedeutet, dass die Sprache das Aussersprachliche nicht nur repräsentiert, sondern auch konstituiert, dabei aber auch von dem Aussersprachlichen bedingt wird. Der Gebrauch von sprachlichen Zeichen ist an die in einer Sprachgemeinschaft gültigen Normen und Konventionen gebunden. Diese werden erst in einem Kommunikationsprozess mittels sprachlicher Zeichen geschaffen (vgl. Grünert ebd).

Aus der Perspektive des sprachlichen Systems weist M.A.K Halliday der Sprache zwei soziale Metafunktionen zu: “Language as reflection on things and language as a means of acting on things. The former is the ‘ideational’ component of meaning; the latter is the ‘interpersonal’” (Halliday 1978: S.2). Diese beiden Funktionen, welche Halliday der Sprache zuweist, bringen die Rolle der Sprache im politischen Handeln als soziale Praxis auf den Punkt.

Der Prozess der Willensbildung, der für die Politik in modernen Zeiten so wichtig ist, erfolgt durch die Kommunikation. Kommunikation als solche wird durch sprachliche Zeichen realisiert. Dabei wird die Politik in erheblichem Masse durch Sprache verwirklicht. Nach Grünert wird das ganze politische Handeln sprachlich entworfen, präsentiert und durchgeführt (vgl. Grünert 1974: S.3). Als wesentlichstes Mittel der Kommunikation hat Sprache in dieser Hinsicht eine instrumentale Funktion für die Politik, sie steht im Dienst des politischen Handelns. Solch eine Funktionsweise vertritt auch Chilton. Er hält Sprache in der Politik für ein Mittel zur Lösung der sozialen Konflikte bei dem Zugang zu öffentlichen Ressourcen, versteht sie aber auch als Werkzeug beim Kampf um Macht (vgl. Chilton 2004: S.3).

In den Forschungen über die Beziehung von Sprache und Politik wird Sprache als Hauptmittel des "Meinungs-Verhaltens" bzw. der "Handlungssteuerung" betrachtet (vgl. Grünert 1974: S.7, Dieckmann 1979, Chilton 2004, Lübke 1982, Böke 1996). Meinungsverhalten und Handlungssteuerung werden als Instrument für Machtausübung, Machtsicherung und Machtkontrolle eingesetzt. Die politisch Handelnden müssen, um Macht auszuüben bzw. den anderen zu bestimmten Handlungen zu bringen, dafür Dispositionen schaffen, denn ‚Sprache selbst bringt nicht unmittelbar zu der Handlungssteuerung‘. Die anderen sollen beeinflusst werden, man soll die Zustimmung der anderen erlangen. Diese Zustimmung ist durch die ‚Beeinflussung‘ zu erreichen, die Dieckmann ‚Persuasion‘ nennt und wie folgt erläutert:

„Funktion der öffentlichen politischen Sprache ist beim Adressaten, dem Bürger oder Teilgruppen der Bürger, Zustimmung (bzw. bürgerliche Teilnahme an der Politik oder Legitimation der Politik) für politische Ziele, Programme und Maßnahmen zu erlangen – für eine Politik, die planend vorgeschlagen oder gefordert wird, oder für eine vollzogene Politik, die nachträglich erklärt, begründet, gerechtfertigt, verteidigt wird.“ (Dieckmann 1979: S.5)

Das wird bei Dieckmann (ebd.) „die persuasive Funktion der Sprache im neutralen Sinne“ genannt. Sie entspräche einem Zustand, in dem durch eine öffentliche, transparente und inklusive Kommunikation die Fragen der gesellschaftlichen Verhältnisse gelöst würden. Diesen Zustand sollte man m.E. als Maßstab im Auge behalten, wenn man das Verhältnis zwischen Sprachgebrauch und Politik bewerten will.

Wenn die politisch Handelnden durch Manipulieren, Konditionieren, Lügen, Täuschen, Überreden die Zustimmung der Bürger zu erlangen suchen, nennt Dieckmann die politische Sprache, die sie benutzen, ‚persuasiv negativ‘ (Dieckmann ebd.). Um Macht zu erlangen, zu legitimieren und auszuüben, ist Zustimmung zu gewinnen notwendig. Um Zustimmung zu erlangen und an die Macht zu kommen, benötigen die einzelnen sozialen Gruppen die öffentliche Diskussion genauso wie die staatlichen Organe. Hier sind die zentralen Aspekte der Politik die Autorität, die Legitimität und der Konsens. Sprache wird gebraucht bei der Ausübung der Macht und ebenso für die Legitimierung der Macht. Die politischen Maßnahmen, wie Erlasse, Gesetze, Verfassungen, werden sprachlich entworfen, und die Autorität des Staates wird unter anderem durch kommunikative Akte realisiert. Verbote wie Gebote werden in verschiedenen Textsorten sprachlich verfasst.

Böke betont auch die funktionalen Aspekte der Sprache für die Politik. Sie sagt dazu: "Im öffentlichen Sprachgebrauch wird die persuasive und appellative Funktion von Sprache vor allem in politischen Auseinandersetzungen be-

sonders deutlich, in denen die Wahl des Sprachgebrauchs mit dem Ziel einer allgemeinen Durchsetzung eigener (politischer) Vorstellungen und Ziele und angestrebter Handlungen verknüpft ist.“ (Böke 1996: S.436)

Sowohl Dieckmann als auch Böke verstehen Persuasion als eine sprachliche Handlung, mit der Politik gemacht wird. Auch Grünert sieht in der Persuasion eine Handlung, indem er Persuasion als "Beeinflussung von Menschen durch Menschen mittels Sprache“ (Grünert 1974: S.8) definiert. Ihm zufolge kann sich Persuasion auf zwei Weisen vollziehen, als Information und als Affektion. Die Information als Mittel zur Persuasion zu verstehen bedeutet, dass die bloße Information immer motiviert ist. Nach Lübke ist insbesondere in der Politik auch ein bloßes Mitteilen ein Bewirken. Er sagt:

"In der politischen Öffentlichkeit (...) endet der Handlungskreis nicht bei der Information, sondern stets bei angestrebten Änderungen der politischen Lage, und es ist unvermeidlich, dass die Praxis der Information sich an diesem Ziel ausrichtet. (...) Die Sätze politischer Reden haben also nicht erst als performative sondern schon als behauptende Sätze Aktionscharakter.“ (Lübke 1982: S. 50f)

Die Sprache kann Dinge, Personen, Zustände, Ereignisse, Verhaltensweisen bewerten. Diese Funktionen werden nach Grünert (1974) als die affektive Funktion von Sprache bezeichnet. Die Sprache bereitet ein bestimmtes Verhalten vor oder löst es aus. Das wird durch Deskription, Emotion oder Appell verursacht (vgl. Grünert ebd.). Diese Funktionen werden in der Politik durch Selektion sprachlicher Zeichen und durch ihre Organisation in Texten realisiert. Diese Selektion der sprachlichen Zeichen, um mit ihr sprachlich Handlungen auszuüben, wird im Folgenden als ‚Diskurs‘ bezeichnet. Hiermit lehne ich mich an Fairclough (1992) und Wodak (1997) an, die den Diskurs als ‚language use in text and speech – as a form of social praxis‘ definieren. Fairclough definiert den Diskurs ‚in an abstract sense‘ als ‚category which designates the broadly semiotic elements of social life“ (Fairclough 2005: S.2).¹²

2.3 Macht und Ohnmacht der Sprache – Sprachsystem und Diskurs

Ist es eigentlich die Sprache, die das politische Handeln leitet, oder sind es die Gedanken? Hat Sprache solch eine Macht, dass sowohl Krieg als auch Frieden durch sie gestiftet werden kann? Darum dreht sich die Diskussion, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts, vor allem unter den Sprachwissenschaftlern, stattfindet. Die Anhänger der Forschungsrichtungen, die als Kritische Linguistik und Kritische Diskursanalyse bezeichnet werden, argumentieren, dass die Sprache

12 Siehe dazu auch Wodak 2002: S.6; Fairclough 1992: S.2-7.

ein wichtiger Faktor für die Herrschaft bestimmter Gruppen und die Unterdrückung anderer Gruppen in der Gesellschaft sei.¹³ Beide Richtungen haben die Sprache und ihr Verhältnis zum Sozialen zum Gegenstand. Sie lehnen sich an die Soziolinguistik, Textlinguistik, Pragmatik, Applikative Linguistik und die Sozialen Kritischen Theorien an (vgl. Wodak 2006: S.6). Diese Argumente über oder gegen die ‚Macht der Sprache‘ haben ihre Wurzeln in den sprachwissenschaftlichen Theorien von der Relation des Zeichens ("signifier") zu dem Bezeichneten ("signified"). Daher ist es wichtig, die sprachwissenschaftlichen Theorien und ihre Beziehungen zum Sozialen theoretisch zu erfassen, bevor wir uns eingehender mit dem Funktionieren des Diskurses für die Reproduktion und die Transformation der Machtverhältnisse beschäftigen. Das ist der Gegenstand des folgenden Teils.

Die wissenschaftliche Diskussion über die Wirkung der Sprache auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse wird unter dem Begriff "Sprachthematization" geführt.¹⁴ In der Auseinandersetzung über die Rolle der Sprache bei der Gestaltung der sozialen Machtverhältnisse bilden sich zwei Positionen heraus. Die eine ‚hypostasiert‘ und ‚dämonisiert‘ die Sprache, die andere ‚trivialisiert‘ sie (vgl. Heringer 1982: S 19). Für die erste ist „die Sprache (...) so wichtig, weil sie politische Realität erst schafft, ja weil es sogar gelingt, mit der Regelung der Sprache politische Herrschaft auszuüben“ (Heringer ebd.). Für die zweite gilt der Slogan „Worte machen keine Politik“, denn an der wirkenden Kraft der Realität, wie Heringer sagt, würde man "auch mit den schönsten Worten nicht vorbeikommen" (Heringer 1982: S.19f).

Jede Sprachkritik beruht auf bestimmten Grundüberzeugungen von der Natur der Sprache. In der Sprachwissenschaft dominierte zunächst die These, dass die Sprache nur der Abbildung der Realität (Außersprachliches bzw. Wirklichkeit) dient. Der Zusammenhang von Sprache und Welt wird hier als unmittelbar angesehen, denn die Sprache sei dafür da, die Wirklichkeit abzubilden. Die Vertreter der Abbildtheorie sind der Ansicht, dass die Realität eins zu eins durch Sprache vermittelt wird und dass die Worte dazu da sein sollten, die Dinge zu bezeichnen und für nichts anderes (vgl. Heringer 1982: S.17).

Nach der zweiten Auffassung ist die Relation zwischen den Zeichen und dem Bezeichneten nicht arbiträr sondern motiviert aus individuellen aber auch sozialen Gründen. Nach dieser Auffassung hängt es von den kommunikativen Zielen ab, welchen Ausdruck man wählt. Das ist die These der Theorie, die Heringer (1982: S.18) "Gebrauchstheorie“ nennt, und der sich einige Sprachkritiker be-

13 Eine der Aufgaben, die die Anhänger dieser Auffassung sich gaben, war, mittels linguistischer Analyse die sozialen Asymmetrien in der Gesellschaft zu bekämpfen. Der zentrale Punkt ist das Verhältnis von Macht und Sprache.

14 Siehe dazu Heringer 1982; Stötzel 1980; Sternberger 1982.

dienen. Dieser Theorie zufolge bilden die Worte nicht die Wirklichkeit ab sondern dienen "als Anzeichen bestimmter Sachverhalte" (Heringer ebd.). Die Relation des Zeichens zu seiner Bedeutung ist nicht arbiträr sondern ist immer motiviert. Kress, ein Anhänger der Gebrauchstheorie, sagt dazu: "The relation of signifier to signified, in all human semiotic systems, is always motivated, and never arbitrary" (Kress 1993: S.173). Nach Kress sind "signs always motivated (...) by the producers interest, and by characteristics of the object. It is the interest which determines the characteristics that are to be selected and to be represented." (Kress ebd.). Der Gebrauchstheorie der Sprache geht es nicht mehr nur um ‚language‘ sondern um ‚parole‘, Bezeichnungen, die de Saussure verwendet. Es geht ihr nicht um das Sprachsystem als Code sondern als Appell. Deswegen muss man hier nicht nur den Ausdruck sondern auch dessen Verwendung und den Sprecher, der ihn verwendet, in Betracht ziehen. Das Sprachsystem ist nicht als etwas gegenüber der Gesellschaft Selbständiges zu betrachten. Sprache lebt in sprachlichen Handlungen und in den übrigen Handlungen, in die sie eingebettet ist. Erst durch die Anwendung der Gebrauchstheorie lohnt es sich, eine Kritik des politischen Sprachgebrauchs durchzuführen.

"Nur der Glaube an den ungebrochenen, magischen Zusammenhang von Sprache und Welt macht es möglich, die sprachlichen Zeichen, besonders die Wörter, zu kritisieren und damit schon die Welt kritisiert zu haben, den Sack zu schlagen und den Esel zu meinen." (Heringer 1982: S.15)

Ich schließe mich dieser Position von Heringer an, denn ‚die Worte an sich machen keine Politik‘, es sind die Politiker, die Politik mit Worten machen' (vgl. Heringer 1982: S.12). Die Gebrauchstheorie wird die Grundauffassung für den empirischen Teil dieser Arbeit sein.

Die Funktion des Sprachsystems für die Konstruktion der Wirklichkeit schildert Böke wie folgt:

„Wenn von der wirklichkeitskonstituierenden oder -formierenden Funktion von Sprache gesprochen wird, so ist dann jene unterschiedliche Sichtweise von Realität jene Realität für uns, das Weltbild oder die Weltsicht des Sprechers gemeint, die er in seinem Sprachgebrauch ausdrückt und wiederum Einfluss auf die Realitätsinterpretation und das soziale Handeln des Hörers nimmt und damit in der Konkurrenz zu den ‚Weltansichten‘ anderer tritt.“ (1996: S.437)

Der Sprachgebrauch wird nicht nur in der Sprachwissenschaft thematisiert, auch Politiker sind sich bewusst, wie viel Sprache in der Politik leisten kann. Hier ist es wichtig zu betonen, dass nicht die Sprache sondern ihr Gebrauch Einfluss auf politische Machtverhältnisse nimmt. Es sind nicht die Wörter, sondern es ist der Gebrauch der Sprache, dessen sich die totalitären Herrschaften als Mittel zur Täuschung bedienen haben. Es sind sprachliche Mittel wie Euphemismen, Hyperbeln, Übertreibungen, Verleumdungen, die diese Systeme verwendet haben, um